

Wahlprüfsteine Sozialverband Deutschland (SoVD), Landesverband Bremen

DIE LINKE in Bremen

1. Situation für Menschen mit Behinderung

Im Land Bremen leben viele Menschen mit Behinderungen. Sie sind trotz mancher Verbesserungen und der Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention in den vergangenen Jahren immer noch der Alltagsdiskriminierung und Erschwernissen ausgesetzt. Dies sind insbesondere architektonischer Hindernisse, sowie manche kulturelle Hindernisse, die eine Integration in die Gesellschaft für die betroffenen Personen schwer machen. Es ist auch eine hohe Zahl arbeitsloser, schwer behinderter Menschen zu verzeichnen, was ein Indiz für die fortdauernde erschwerte Integration behinderter Menschen in den gesellschaftlichen Bereich darstellt. Im Bereich der Mobilität sei auf das Beispiel am Blumenthaler Busbahnhof verwiesen sowie auf die nicht barrierefreien Arztpraxen. Frage: Was werden Sie unternehmen, um die Partizipation der Menschen mit Behinderungen und ihrer Interessen in Bremen und Bremerhaven zu stärken, zu integrieren und Gehör zu schenken? Wie sieht ihr Aktionsplan zur Umsetzung der UN – Behindertenrechtskonvention aus?

DIE LINKE: In der Bundesrepublik leben rund 8,6 Millionen Menschen mit anerkannten physischen, geistigen und/oder psychischen Behinderungen. Barrieren sowie ein gesellschaftliches Klima, das nicht behinderte Menschen als Norm setzt und alle aussondert, die dieser „Normalität“ nicht entsprechen, behindern ihre Teilhabe an der Gesellschaft. Das beginnt bei der Ausbildung der meisten Kinder und Jugendlichen mit Behinderung in Sondereinrichtungen, die ihnen kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Menschen mit Behinderungen sind überproportional oft erwerbslos, von Sozialhilfe abhängig und in Heimen untergebracht. Auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist ihnen erschwert, öffentliche Verkehrsmittel und Einrichtungen wie Kinos oder Behörden sind für sie nur eingeschränkt nutzbar. Obwohl seit über zwei Jahren die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland geltendes Recht ist, werden die Möglichkeiten zur vollen Teilhabe und für ein selbstbestimmtes Leben in Würde immer noch beschnitten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, Selbstbestimmung als dominierendes Prinzip in der Behindertenpolitik zu verankern, und unterstützt den Selbstvertretungsanspruch von Menschen mit Behinderungen. Chancengerechtigkeit soll hergestellt und Barrieren – auch in den Köpfen vieler nicht behinderter Menschen – müssen abgebaut werden. Das Prinzip der barrierefreien Zugänglichkeit fördert den solidarischen Zusammenhalt. In diesem Zusammenhang fordert DIE LINKE ein neben einem wirkungsvollen Antidiskriminierungsgesetz auch ein Nachteilsausgleichsgesetz, das ermöglicht, behinderungsbedingte Nachteile (z. B. spezielle Hilfsmittel, notwendige Assistenz für ein selbstbestimmtes Leben oder behindertengerechter Wohnungsumbau) ohne Einkommens-, Vermögens- bzw. Bedürftigkeitsprüfung

auszugleichen und somit Chancengerechtigkeit zu schaffen, dauerhafte Arbeitsplätze sowie die Beschäftigungs- und Ausbildungssicherung für Menschen mit Behinderungen. Grundsätzlich müssen die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen verbessert werden, z.B. durch die Umsetzung des „Designs für Alle“ (Planungen unter dem Aspekt Barrierefreiheit in allen Bereichen – Bau, Verkehr, Kommunikation, Verbraucherpolitik etc.) sowie die Beseitigung bestehender Barrieren.

2. Senioren

Der Weg der Rente mit 67 ist eingeschlagen. Unsere Gesellschaft wird immer älter. Der medizinische Fortschritt ermöglicht es immer mehr Menschen, länger und gesünder zu leben. Gleichzeitig spüren wir den Generationenkonflikt in der Gesellschaft. Dies wird zu einer Ausgrenzung von Menschen im Alter führen. Frage: Welche Einstellung haben Sie zu diesem Thema? Wie wollen Sie der Entsolidarisierung zukünftig entgegenwirken? Welche Maßnahmen ergreifen Sie um die Wohn und Pflegesituation älterer Menschen im Land Bremen zu verbessern?

DIE LINKE: Hauptziel linker Seniorenpolitik ist ein selbstbestimmtes Leben in Würde - auch im Alter. Angesichts der Defizite der heutigen Gesellschaft im Umgang mit dem Alter sowie der beschleunigten Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung, ist diese Zielstellung mit "Reparaturmaßnahmen" nicht zu bewältigen. Notwendig sind vielmehr massive Reformen, die geeignet sind, die gesellschaftlichen Strukturen altersfreundlicher zu gestalten. Das betrifft praktisch alle Sektoren des gesellschaftlichen Lebens, die Familienpolitik, die Arbeitswelt, die Alterssicherung, die Forschung und Lehre, die Architektur, die Verkehrsinfrastruktur sowie insbesondere die Darstellung des Alters in den Medien. In diesem Sinne versteht DIE LINKE Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe, engagiert sich für Gerechtigkeit und Solidarität sowohl zwischen den Generationen wie auch innerhalb der Generation der Seniorinnen und Senioren selbst und wendet sich gegen jede Form von Altersdiskriminierung. Der Leitgedanke in der Pflege muss sein, dass hilfebedürftige Menschen über ihre Lebensbedingungen und die angebotenen Maßnahmen so weit wie möglich selbst bestimmen können, und dass pflegende Angehörige mehr Unterstützung erhalten. DIE LINKE steht für umfassende Verbesserungen in der Alten- und Krankenpflege. Die Arbeitsbedingungen der im Pflegebereich Beschäftigten müssen grundlegend verbessert werden. Ältere und pflegebedürftige Menschen sollen auf Wunsch in ihrem gewohnten Zuhause bleiben können. Das System der Pflegestufen ist durch ein ganzheitliches Pflegekonzept zu ersetzen. Kurzfristig müssen die Pflegestufen zumindest erweitert werden. Das Leben in Mehrgenerationenhäusern und im Betreuten Wohnen muss durch den sozialen Wohnungsbau für alle Menschen finanzierbar sein. Altenpflege muss dem Erhalt und der Förderung der Lebensqualität und verbliebener Fähigkeiten der pflegebedürftigen alten Menschen dienen. Daran ist die Qualität der Arbeit aller an der Altenpflege Beteiligten zu messen. DIE LINKE unterstützt den Vorschlag für einen neuen erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriff, der die Überwindung der körperbezogenen Hilfeleistung und eine verbesserte soziale Teilhabe, auch für Demenzkranke, vorsieht. DIE LINKE setzt sich für die Durchsetzung des Rechts auf freie Heimplatzwahl von

Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern ein. DIE LINKE setzt sich für eine Verbesserung der Mindestheimbauverordnung ein. Das Recht auf ein Einzelzimmer und ausreichenden Wohnraum im Altenheim muss unverzüglich in schon bestehenden wie neu gebauten Heimen umgesetzt werden. Die kommunalen, karitativen und privaten Träger von Pflegeheimen müssen das Personal in den Heimen so weit aufstocken, dass sie ihre Angebote im Sinn einer menschenfreundlichen Pflege ausbauen und umfassend gewährleisten können.

3. Frauen/Gleichstellungspolitik

Es ist bekannt, dass insbesondere in Bremen hohe Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen in erheblichem Umfang bestehen. Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie, hier eine Änderung zu erreichen? Frauen sind in Führungspositionen in der Wirtschaft unverändert unterrepräsentiert. Die so genannte freiwillige Selbstverpflichtung zwischen Arbeitgeberverbänden und Regierung hat keine Änderung erreicht.

Frage: Wie ist Ihre Haltung hierzu und welche Änderungsmöglichkeiten sind in ihrem Parteiprogramm vorhanden? Welche Maßnahmen befürworten sie, um Frauen mit Behinderungen die gleichen Ausbildungs- und Berufschancen zu bieten?

DIE LINKE: Frauen verdienen im Durchschnitt 2661 Euro, Männer 3294 Euro (2008). Der durchschnittliche Frauen-Arbeitsplatz wird also um knapp ein Viertel schlechter bezahlt als der durchschnittliche Männer-Arbeitsplatz. Die Lohnlücke liegt in Deutschland bei 23,2 Prozent, im Europäischen Durchschnitt dagegen bei 15 Prozent. In Bremen ist die Lohnlücke mit durchschnittlich 26 Prozent sogar größer als in anderen Bundesländern. DIE LINKE fordert: Gleiche Teilhabe für Frauen! Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit! Konkret heißt das: Deutlich bessere Bezahlung in sozialen Berufen, Erziehung, Gesundheit und Pflege sowie Dienstleistungsberufen, wie Einzelhandel und Gastronomie und die Förderung von Frauen in „Männerberufen“. Darüber hinaus sind feste Frauenquoten auf allen Tarif- und Hierarchie-Ebenen notwendig. In diesem Zusammenhang begrüßt DIE LINKE die im November 2010 von der Bürgerschaft beschlossene, gesetzliche Einführung einer Frauenquote von mindestens 40 Prozent in den Vorständen und Aufsichtsräten der Eigenbetriebe des Landes Bremen und wird sich dafür einsetzen, dass diese Quote in schnellen Schritten auf 50 Prozent erhöht wird.

Bei allen frauenpolitischen Forderungen ist die besondere Situation von Frauen mit Behinderungen einzubeziehen. Die volle Inklusion von Mädchen und Frauen mit Behinderungen in alle Daseinsbereiche ist ein zentrales Anliegen der Partei DIE LINKE. Wir setzen uns für umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein.

4. Kinder und Jugend

Die Ausbildungssituation für Jugendliche ist Besorgnis erregend. Immer mehr Betriebe bilden weniger aus. Dies betrifft ebenfalls Jugendliche mit Behinderungen. Frage: Was wollen Sie

tun um die Ausbildungssituation Jugendlicher und Jugendlicher mit Behinderungen in der Gesellschaft des Landes Bremen weiter voranzutreiben?

DIE LINKE: DIE LINKE in Bremen unterstützt alle Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen eine Teilhabe am allgemeinen Arbeitsleben zu ermöglichen. In der beruflichen Bildung sollen inklusive Angebote für Menschen mit Behinderungen Vorrang haben. Eine qualifizierte Berufsausbildung ist für junge Menschen mit Behinderung besonders notwendig. Das Menschenrecht, Beruf, Ausbildungsstätte und Arbeitsplatz frei wählen zu können, darf kein rein theoretischer Anspruch bleiben. Darüber hinaus ist derzeit ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot an Berufsförderungswerken und Berufsbildungswerken unerlässlich. Hier müssen hochwertige und angemessene Qualifikationsangebote vorgehalten werden. Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen zukünftig nicht mehr auszusondern, sondern ein gemeinsames Aufwachsen und Lernen behinderter und nicht behinderter Jugendlicher zu ermöglichen. Menschen mit Behinderungen müssen deutlich mehr Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffnet werden. Dazu gehören auch flexible Übergangsmöglichkeiten von Werkstätten für behinderte Menschen auf den Arbeitsmarkt. Unterstützungsangebote müssen dem im SGB IX verankerten individuellen Wunsch- und Wahlrecht dieser Personengruppe entsprechen. Eine differenzierte und zielstrebige Förderung von Jugendlichen mit Lernbeeinträchtigung oder mit sozialer Benachteiligung gehört nach Auffassung der LINKEN zu den öffentlichen bildungspolitischen Aufgaben. Für die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderung tragen alle öffentlichen und privaten ArbeitgeberInnen eine besondere Verantwortung. Sie müssen ihrer gesetzlich verankerten Beschäftigungspflicht endlich in vollem Umfang nachkommen.

5. Gesundheit

In der letzten verabschiedeten Gesundheitsreform ist die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung aufgehoben worden. Frage: Wie ist Ihre Einstellung hierzu und welche Möglichkeiten sehen Sie, hier gegebenenfalls Änderung zu erreichen?

DIE LINKE: Gesundheit ist Menschenrecht. Sie zu schützen, wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern ist als Teil der Daseinsvorsorge eine öffentliche Aufgabe. Niemand darf auf Grund seiner sozialen Herkunft, seines Einkommens, Vermögens oder sonstiger sozialer oder persönlicher Merkmale von Gesundheitsleistungen ausgeschlossen werden. Wir setzen uns ein für eine an den Menschen ausgerichtete Vorsorge, heilende Medizin und Nachsorge in öffentlicher Verantwortung und in öffentlicher Trägerschaft. Seit zwanzig Jahren verfolgen die verschiedenen Bundesregierungen das Ziel, die Sozialausgaben der Arbeitgeber zu reduzieren und sie den abhängig Beschäftigten aufzulasten. So wurden in der Krankenversicherung Sonderbeiträge, Zuzahlungen und Praxisgebühr zu Lasten der Versicherten eingeführt, während gleichzeitig Teile der medizinischen Versorgung aus dem Leistungskatalog der Kassen gestrichen wurden. Ein gutes Gesundheitssystem muss sämtliche medizinisch erforderlichen Leistungen finanziell absichern. Krankheit ist ein

Lebensrisiko, das jeden Menschen treffen kann. Mit der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung will DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit sorgen. In diese Bürgerversicherung sollen alle Menschen, also auch die heute privat Versicherten, entsprechend ihrem Einkommen einzahlen. Der Beitrag richtet sich allein nach der finanziellen Leistungsfähigkeit: Wer wenig hat, zahlt also wenig, wer mehr hat, zahlt in absoluten Beträgen mehr. Arbeitgeber tragen die Hälfte der Beiträge ihrer Beschäftigten auf Löhne und Gehälter. Das in Europa einzigartige Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung wird damit beendet. Weniger als zehn Prozent, also fünf Prozent für die Versicherten und fünf Prozent für die Arbeitgeber, würden auf dieser neuen Basis ausreichen, um all das zu bezahlen, was heutzutage bezahlt wird. Praxisgebühr und Zuzahlungen könnten wieder abgeschafft werden. Eine umfassende Gesundheitsversorgung würde für alle Menschen gewährleistet.

6. Arbeitsmarkt - und Beschäftigungspolitik

Langzeitarbeitslosigkeit hat schwerwiegende negative Folgen für die betroffenen Menschen, aber auch für die Gesellschaft. Prekäre Arbeitsverhältnisse sichern häufig nicht die wirtschaftliche Existenz der betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und stellen eine existenzsichere Altersversorgung in Frage. Arbeit muss zum Leben reichen. Fast ein Viertel aller abhängig Beschäftigten arbeitet für einen Niedriglohn. Frage: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode die Situation der Betroffenen und der möglicherweise künftig Betroffenen stärken? Was wollen Sie unternehmen, um existenzsichernde Arbeitsverhältnisse zu schaffen? Was unternehmen Sie im Land Bremen gegen den Niedriglohnsektor? Unterstützen Sie mit dem SoVD die Forderung nach einem Mindestlohn?

DIE LINKE: Eine offensive Arbeitspolitik auf Landesebene muss Teil der Mobilisierung gegen die neoliberale Arbeitsmarktpolitik auf Bundesebene sein. Dafür ist es notwendig, mit dem zynischen Dogma zu brechen, Arbeitspolitik sei gar keine landespolitische Aufgabe. Der scheinbar unaufhaltsame Zuwachs von Leiharbeit und prekären Arbeitsverhältnissen kann beschränkt und zurückgedrängt werden. Dafür kann der direkte und indirekte ökonomische Einflussbereich der öffentlichen Hand ebenso herangezogen werden wie landesgesetzliche Regelungen oder Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentation und Information. Wir wollen, dass der Stadtstaat sein ökonomisches Potential (Öffentlicher Dienst, Eigenbetriebe und Mehrheitsgesellschaften, öffentliche Aufträge, Beschaffung, Förderungen, Zuwendungen) konsequent für die Durchsetzung »Guter Arbeit« nutzt. Die Ein-Euro-Jobs und die dazugehörigen Ein-Euro-Job-Verwaltungsbetriebe sollen abgeschafft und durch 3.000 bedingt sozialversicherungspflichtig geförderte Arbeitsverhältnisse im Rahmen bundesweiter Instrumente ersetzt werden. Die augenblicklichen Vorstellungen zur Ausgestaltung des Instruments »Bürgerarbeit« lehnen wir ab. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise dürfen nicht auf dem Rücken der lohnabhängigen Beschäftigten ausgetragen werden. Deshalb kämpft die DIE LINKE gegen jede Form des Lohndumpings und fordert die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro.

7. Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein vertrautes Thema, aber noch nicht zufrieden stellend gelöst. So betrifft diese Frage z.B. die Betreuung außerhalb der Betreuungszeiten bei Ganztagschulen. Das Angebot der Ganztagschulen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss eine entsprechende Betreuungslandschaft im Land Bremen für Eltern und allein erziehende geschaffen werden. Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie, hier eine Betreuung, innerhalb der Ferienzeiten, zu gewährleisten? Wie wollen Sie eine entsprechende Betreuungslandschaft für allein Erziehende und Erwerbstätige schaffen die der Forderung nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerecht wird?

DIE LINKE: Die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern wurde in der alten Bundesrepublik über viele Jahre und mit wirksamen Mitteln gezielt verhindert. Fehlende Betreuungseinrichtungen für Kinder zwangen Frauen, zu Hause zu bleiben oder eine private Betreuung zu organisieren und zu bezahlen. Das Ehegattensplitting im Steuerrecht schuf klare finanzielle Anreize für das familiäre Ein-Ernährermodell. Das war überwiegend der Mann, da Frauenlöhne auf dem Arbeitsmarkt deutlich unter Männerlöhnen liegen. Gerade berufstätigen und/oder alleinerziehenden Eltern stehen in Bremen viel zu wenig Betreuungsangebote für ihre Kinder zur Verfügung. Die Sicherung der Kinderbetreuung ist aber eine staatliche Aufgabe und muss vom Land Bremen wahrgenommen werden. Deshalb fordert DIE LINKE den Ausbau der Kinderbetreuung bei unter 3-Jährigen in Kitas und Horten. Das Betreuungsangebot muss grundsätzlich gebührenfrei sein. DIE LINKE verlangt die sofortige Einrichtung bzw. den Ausbau von Ganztagschulen mit kostenfreier, gesunder Ernährung, Frühstück und Mittagessen, Bewegungsangeboten, Freizeit und Gesundheitserziehung – vorrangig in sozialen Brennpunkten. Hierfür sind mehr festangestellte Lehr- und Betreuungskapazitäten im öffentlichen Dienst erforderlich.

8. Soziale Spaltung Mit Sorge betrachtet der Sozialverband die zunehmende verstärkte soziale Spaltung unserer Gesellschaft. Frage: Welche Gegenmaßnahmen planen Sie?

DIE LINKE: In Bremen leben über 200.000 Menschen an der Armutsgrenze. Jedes dritte Kind wächst in Armut auf. Dieser Skandal muss ein Ende haben. Wir sagen: Die »Schuldenbremse« ist mit einem bedarfsgerechten Haushalt nicht vereinbar. Deshalb legt DIE LINKE zur Wahl einen Landesplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Spaltung vor. Dass SPD und Grüne einen solchen Plan bisher nicht erarbeitet haben, liegt am fehlenden politischen Willen, nicht am Geld. Armut ist kein Zufall. Armut entsteht durch Reichtum, der unter Ausnutzung von Armut gesteigert wird. Diese Entwicklung kann man umkehren. Durch eine gerechte Steuerpolitik auf Bundesebene – und durch einen Landesplan, der Armut und soziale Spaltung ernsthaft bekämpft. Armut kann beseitigt werden: Durch Abschaffung der Hartz-Gesetze, durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, durch Mindestlöhne und eine Umverteilung von oben nach unten. Die Landespolitik kann handeln: sie muss dem drängendsten Problem in Bremen und Bremerhaven endlich höchste Bedeutung zumessen.

Unser Landesplan zur Armutsbekämpfung ist sofort machbar und er ist bezahlbar. Zur Finanzierung können die ca. 50 Millionen jährlichen Steuermehreinnahmen verwendet werden, die Rot-Grün bislang nicht in den Haushalt eingestellt hat, um sich eine stille Reserve zu schaffen. Weitere 59 Millionen können im Verlauf von 2 Jahren im Haushalt umgeschichtet werden.

9. Bauen und Wohnen

Gerade Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen sind auf eine preiswerte und qualitativ gute Wohnvorsorge angewiesen. Hierbei hat insbesondere der soziale Wohnungsbau in der Vergangenheit wertvolle Dienste geleistet. Frage: Wie wollen Sie sich in Zukunft für einen barrierefreien Wohnungsbau und den unterschiedlichen Wohnformen sowie Betreutes Wohnen einsetzen? Werden sie die Umgestaltung von öffentlichen Gebäuden zur Barrierefreiheit auch in Zukunft vorantreiben? Was unternehmen sie im Hinblick auf den öffentlichen Personen Nahverkehr?

DIE LINKE: Unser Ziel ist es, älteren Menschen oder Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilhabe an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen. Leider fehlt es in Bremen noch immer an geeigneten und preiswerten Wohnungen für Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Bei Modernisierungen älterer Gebäude ist darauf zu achten, dass diese behindertengerecht umgestaltet und mit entsprechenden sanitären Einrichtungen ausgestattet werden. Bei Um- und Neubauten sind behinderte und ältere Menschen mit ihrer Sachkompetenz zu beteiligen. Mehrstöckige Wohnhäuser sind grundsätzlich mit Aufzügen auszustatten. In jedem neugebauten Mehrfamilienhaus muss es mindestens eine barrierefreie Wohnung geben. Auch in der bremischen Infrastruktur ist die allgemeine Barrierefreiheit herzustellen: die Busse des Regionalverkehrs und ein Drittel der Bremer Straßenbahnen haben noch immer keinen Hublift. Das wollen wir ändern.

10. Haushalt Die Haushaltsmisere des Landes Bremen ist bekannt. Frage: Welche Maßnahmen planen Sie zur Erreichung der Konsolidierung? Welche Maßnahmen sind auch auf der Einnahmenseite des Haushalts geplant?

DIE LINKE: Bremens finanzielle Misere kann nicht in Bremen, sondern nur im Rahmen bundesweiter Regelungen gelöst werden. Die notwendigen Einnahmesteigerungen zur Sicherstellung der Verringerung des Haushaltsdefizits sind nur durch eine entsprechende Steuer- und Finanzpolitik auf Bundesebene zu erreichen. Das gilt insbesondere für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Millionäre, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die gerechte Besteuerung von Unternehmensgewinnen. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Neuregelungen nicht auf dem Rücken der Armen und auf Kosten von Infrastruktur, Bildung, Ökologie und Kultur ausgetragen werden. Bremer Haushaltspolitik darf sich nicht dem Diktat

der „Schuldenbremse“ beugen. Die Zukunft der sozialen Sicherheit und der Erhalt der öffentlichen Infrastruktur dürfen nicht einer fiskalischen Haushaltssanierung zum Opfer fallen. Aufgabensicherung und Armutsbekämpfung haben Vorrang vor der Verringerung des Haushaltsdefizits.